

# Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschusssdienst

## **Beschlussprotokoll**

Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz**

17. Sitzung  
19. Januar 2023

Beginn: 09.02 Uhr  
Schluss: 11.40 Uhr  
Vorsitz: Herr Abg. Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird durch Frau Sen Jarasch (SenUMVK) und Frau StS Dr. Karcher (SenUMVK) repräsentiert.
- Der Vorsitzende begrüßt Herrn Philipp Amelung als neuen Ausschussreferenten der Fraktion der CDU.
- Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses sowie im Hause übertragen wird. Er stellt das diesbezügliche Einvernehmen des Ausschusses fest. Weiterhin besteht Einvernehmen hinsichtlich von Bild- und Tonaufnahmen durch die anwesenden Medienvertreterinnen und -vertreter.
- Der Vorsitzende weist abermals darauf hin, dass aufgrund der Beschlüsse des Krisenstabs, keine Lüftungspausen mehr eingelegt werden müssen. Es gelten dagegen weiterhin das Abstandsgebot sowie die Personenobergrenze für die Sitzungssäle.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Folgende Fragen wurden vorab schriftlich eingereicht:

- „Sind dem Senat Probleme mit Hunden bekannt, die an sog. Schlepplinen durch Landschaftsschutzgebiete geführt werden?“  
(FDP)

- „Welchen Beitrag kann und muss die Vattenfall Wärme zum Gelingen der Energiewende beitragen?“  
(Bündnis 90/Die Grünen)
- „Wie achtet die Senatsverwaltung darauf, dass bei der Umgestaltung der Straße „Unter den Linden“ so wenig Bäume wie möglich gefällt werden und gesunde Bäume nicht zur Fällung freigegeben werden?“  
(SPD)

Spontan werden mündlich folgende Fragen gestellt:

Herr Abg. Freymark (CDU) erkundigt sich,

wie der Senat die Entwicklung bei der Dekarbonisierung der Schifffahrt in Berlin bewerte und ob verwaltungsseitig entsprechende Rahmenbedingungen vorlägen, um das umzusetzen?

Frau Abg. Gennburg (LINKE) führt aus,

dass Medienberichten zufolge der Wasserverband Strausberg-Erkner mit einer Klage gegen das Brandenburger Landesamt für Umwelt vorgehe, welches Tesla die Zuständigkeit für alle Fragen rund um das Grundwasser gegeben habe. Welche Informationen könne der Senat dazu geben und sei das Grundwasser sicher?

Frau Sen Jarasch (SenUMVK) und Frau StS Dr. Karcher (SenUMVK) nehmen zu aufgeworfenen Fragen und Nachfragen der Fraktionen Stellung. Im Anschluss schließt der Ausschuss Punkt 1 für die heutige Sitzung ab.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Frau Sen Jarasch (SenUMVK) berichtet (siehe Inhaltsprotokoll).

Im Anschluss schließt der Ausschuss Punkt 2 für die heutige Sitzung ab.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0078](#)  
Drucksache 19/0772 UVK  
**Gesetz zur Änderung des Kreislaufwirtschafts- und** Haupt  
**Abfallgesetzes Berlin und des Allgemeinen**  
**Sicherheits- und Ordnungsgesetzes**

Dem Ausschuss liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0772 – (Anlage) vor.

Frau Sen Jarasch (SenUMVK) erläutert die Vorlage – zur Beschlussfassung –.

Im Anschluss an die Aussprache, in deren Rahmen Frau Sen Jarasch (SenUMVK) zusammen mit Herrn Dr. Benjamin Bongardt (Leitung des Referats Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschonung, umweltfreundliche Beschaffung, Stadtsauberkeit, SenUMVK) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

- der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0772 – wird angenommen

(einstimmig mit SPD, GRÜNE, CDU, LINKE, AfD und FDP);

- sodann wird zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0772 – zu Punkt 3 der Tagesordnung mit der zuvor beschlossenen Änderung angenommen

(einstimmig mit SPD, GRÜNE, CDU, LINKE, AfD und FDP).

Hierzu ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

### Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0075](#)  
**Zur Arbeit des Berliner Klimaschutzrates** UVK  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die  
Linke und der Fraktion der FDP)

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss vereinbart einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 Satz 4 GO Abghs.

Herr Abg. Dr. Taschner (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 4 für die antragstellenden Fraktionen.

Der Vorsitzende stellt die Zustimmung von Frau Dr. Kathrin Goldammer, Sprecherin des Klimaschutzrates, die dem Ausschuss digital zugeschaltet ist, bezüglich der Liveübertragung und weiteren Veröffentlichung der Aufnahmen fest.

Frau Dr. Kathrin Goldammer, Sprecherin des Klimaschutzrats, nimmt Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Aussprache, in deren Rahmen Frau Sen Jarasch (SenUMVK) und Herr Dr. Benjamin Bongardt (SenUMVK) Stellung nehmen, vertagt der Ausschuss die Besprechung zu Punkt 4 einvernehmlich, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/0777	<a href="#">0074</a> UVK
<b>Stellungnahme des Senats zu den Empfehlungen des Berliner Klimabürger:innenrats</b> (auf Antrag der Fraktion Die Linke, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	Mobil

Auf die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 5 wird durch die antragstellenden Fraktionen verzichtet.

Frau Sen Jarasch (SenUMVK) erläutert die Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/0777 –.

Im Anschluss an die Aussprache, in deren Rahmen Frau Sen Jarasch (SenUMVK) Stellung nimmt, schließt der Ausschuss Punkt 5 der Tagesordnung mit der Kenntnisnahme der Vorlage ab.

#### Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs <b>Ist die Berliner Gastronomie auf die Einführung der Mehrwegpflicht in 2023 vorbereitet?</b> (auf Antrag der Fraktion der FDP)	<a href="#">0033</a> UVK
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 24.11.2022

Dem Ausschuss liegt das Wortprotokoll der Anhörung vom 24. November 2022 zu Punkt 6 der Tagesordnung vor.

Der Besprechungsbedarf wurde in der Sitzung des Ausschusses am 24. November 2022 begründet. Auf eine erneute Begründung wird durch die antragstellende Fraktion verzichtet.

Im Anschluss an die Aussprache und Auswertung, in deren Rahmen Frau StS Dr. Karcher (SenUMVK) und Herr Dr. Bongardt (SenUMVK) Stellung nehmen, schließt der Ausschuss Punkt 6 der Tagesordnung ab.

#### Punkt 7 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/0721  
**Neuntes Gesetz zur Änderung des  
Straßenreinigungsgesetzes**

[0071](#)  
UVK  
Haupt  
Mobil(f)

Frau StS Dr. Karcher (SenUMVK) erläutert die Vorlage – zur Beschlussfassung –.

Im Anschluss an die Aussprache, in deren Rahmen Frau StS Dr. Karcher (SenUMVK) und Herr Dr. Bongardt (SenUMVK) erneut Stellung nehmen, beschließt der Ausschuss, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0721 – anzunehmen

(einstimmig mit SPD, GRÜNE, CDU, LINKE, AfD und FDP).

Hierzu ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Mobilität.

#### Punkt 8 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Diskussion, ob die nächste Sitzung am Donnerstag, dem 16. Februar 2023, vor dem Hintergrund der anstehenden Wiederholungswahlen am 12. Februar 2023 stattfinden soll, in der sich an die Sitzung anschließenden Sprecherinnen- und Sprecherrunde zu führen und dort eine Entscheidung zu treffen.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Dr. Turgut Altuğ

Roman Simon

## **Änderungsantrag**

der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

zur Vorlage – zur Beschlussfassung –

über

Gesetz zur Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes Berlin und des  
Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes auf Drucksache 19/0772

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Gesetzentwurf in der Vorlage – zur Beschlussfassung – auf Drucksache 19/0772  
wird wie folgt geändert:

### **Gesetzesänderung zu Artikel 3: Inkrafttreten des Gesetz zur Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes Berlin und des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes**

#### **Änderungstext zu Artikel 3 Inkrafttreten:**

~~Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.~~ Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des  
auf die Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin folgenden  
Kalendermonats in Kraft.

#### **Gesetzesbegründung zum Änderungstext:**

Der zeitliche Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens begründet die Verschiebung des  
Zeitpunkts seines Inkrafttretens.

Zur Neufassung von Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung des Kreislaufwirtschafts-  
und Abfallgesetzes Berlin und des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes:

Gesetz zur Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes Berlin und des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes geltende Fassung	neue Fassung
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------

Artikel 3 Inkrafttreten Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.
-------------------------------------------------------------------------------

Artikel 3 Inkrafttreten Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des auf die Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin folgenden Kalendermonats in Kraft.
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------